



Europa braucht eine Perspektive

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Die Europa-Union Deutschland will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dafür sorgen, dass aus der krisenhaften Situation der letzten Monate für die Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprojektes die richtigen Schlüsse gezogen werden. Dabei stehen folgende Forderungen im Vordergrund:

1. Die Europa-Union ruft das Europäische Parlament, die europäischen Regierungen und die Europäische Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Änderung der Europäischen Verträge auf, um die EU zu einer Politischen Union weiterzuentwickeln und ihre Demokratisierung zu fördern. Für die Beratung und den Beschluss dieser Änderungen wird ein europäischer Konvent einberufen.
2. Die Europa-Union fordert Bundestag und Bundesrat dazu auf, die rechtlichen Grundlagen für weitere europäische Integrationsschritte zu nutzen und weiterzuentwickeln und die Bürgerinnen und Bürger an diesem Prozess konstitutiv – ggf. auch durch ein Referendum – zu beteiligen.
3. Die Europa-Union fordert die nationalen politischen Parteien der EU-Mitgliedstaaten dazu auf, den Prozess der europäischen Parteienbildung zu forcieren und als ersten Schritt für die Europawahlen 2014 Spitzenkandidaten und -kandidatinnen zu nominieren, die als Folge des Wahlergebnisses die Präsidentschaft der Europäischen Kommission im demokratischen Wettbewerb für sich beanspruchen oder, wenn sie in den Wahlen unterliegen, für die Spitze ihrer jeweiligen Fraktion im Europäischen Parlament kandidieren.
4. Die Europa-Union spricht sich für eine partnerschaftliche Wahrnehmung von Regierungsverantwortung auf lokaler, regionaler, einzelstaatlicher und europäischer Ebene aus. Insbesondere appelliert sie an die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, ihre europapolitische Verantwortung gemeinsam mit dem Europäischen Parlament im Sinne eines europäischen Parlamentsverbunds auszubauen.
5. Die Europa-Union fordert die europäischen Regierungen und Parlamente dazu auf, die Lösung der europäischen Schuldenfrage in einem gesamteuropäischen Ansatz unter Koordinierung ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Haushaltspolitik zu suchen und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank zu respektieren.



6. Die Europa-Union fordert von den Regierungen und den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten sowie den EU-Organen, für eine wirksame europäische Kontrolle der Finanzinstitute Sorge zu tragen und Systemrisiken auf diese Weise zu minimieren.
7. Die Europa-Union appelliert an die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien, ihre europapolitische Verantwortung wahrzunehmen, indem sie Nachrichtensendungen wie *heute in Europa* im Sendezyklus besser platzieren und mit deutlich mehr Mitteln ausstatten, um sie attraktiver für die politisch interessierte Öffentlichkeit zu machen; insbesondere muss auch auf europäischer Ebene dafür Sorge getragen werden, dass Sendungen wie *euronews* oder geeignete Alternativen nachhaltig gestärkt werden.
8. Die Europa-Union fordert die Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen auf, in einen intensiveren Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über politische Fragen im Allgemeinen und europäische Themen im Besonderen einzutreten. Hierfür bietet sich die überparteiliche Europa-Union auf allen Ebenen auch als Dialog- und Veranstaltungspartner an.
9. Die Europa-Union fordert eine bessere Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für Europa durch die politischen Institutionen auf allen staatlichen Ebenen sowie insbesondere auch durch die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung, um die Herausbildung einer gemeinsamen, von den Unionsbürgerinnen und -bürgern getragene europäischen Identität zu fördern.
10. Die Europa-Union fordert mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung, insbesondere auch in europäische Bildungs-, Sprachenerwerbs- und Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie die Auszubildenden in den Betrieben, damit eine neue Generation von Europäerinnen und Europäern besser miteinander kommunizieren und so eine echte europäische Gesellschaft und Öffentlichkeit heranwachsen kann.

Das Präsidium wird mit entsprechenden Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen beitragen.